



POLITISCHE PROZESSE IN BERLIN



Die Rote Hilfe Ortsgruppe Hannover lädt ein zu einer Veranstaltung zu den laufenden Prozessen in Berlin, wo mehrere Leute unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft bei den Revolutionären Zellen/Rote Zora (RZ) angeklagt sind. Die Rahmenbedingungen machen deutlich, dass es sich hier um politische Prozesse handelt. Da die RZ Geschichte sind, kaum mehr Anknüpfungspunkte zur aktuellen linken/autonomen Politik bestehen, werden diese Prozesse kaum wahrgenommen. Wir wollen mit der Veranstaltung dazu beitragen, die Prozesse und ihre politische Dimension ins Bewusstsein vieler Menschen zu bringen und zur Solidarität mit den politischen Gefangenen aufzurufen. Als ReferentInnen werden an diesem Abend Leute vom Bündnis für Freilassung in Berlin sprechen, die die Prozesse beobachten und über den aktuellen Stand informieren. Mit diesem Flugblatt wollen wir schon einmal auf die Hintergründe und Zusammenhänge der Verhaftungen eingehen. Bei dem Text handelt es sich weitgehend um Auszüge aus der Zeitung „Zitronenfalter“, die vom Bündnis für Freilassung herausgegeben wird, mit Zusatzinfos zum Thema „Kronzeugenregelung“ und „§ 129“a von uns. Wenn ihr mehr wissen wollt, kommt zur Veranstaltung oder seht nach unter <http://www.freilassung.de>.

Zeit und Ort der Veranstaltung werden noch bekannt gegeben

*HINTERGRUND HINTERGRUND HINTERGRUND HINTERGRUND *

Verhaftungen und Durchsuchung des MehringHofes in Berlin Dezember 1999

Am Sonntag, 19. Dezember 1999, stürmten um 6.00 Uhr schwer bewaffnete Spezialeinheiten von Polizei und Bundesgrenzschutz die Privatwohnungen von Axel H. und Harald G. in Berlin. Anschließend wurden sie nach Karlsruhe gebracht, wo ihnen am 20.12.1999 Haftbefehle verkündet wurden. Im selben Zusammenhang erfolgte in Frankfurt a.M. die Verhaftung von Sabine E. und Rudolf S.. Zeitgleich wurde die Umgebung des MehringHofes in Berlin-Kreuzberg – der Arbeitsstelle von Axel und Harald – von ca. 1.000 PolizeibeamtInnen umstellt. BeamtInnen verschiedener Bundesländer und Bundesgrenzschutz samt Spezialeinheiten durchsuchten mit Hunden den MehringHof nach einem Sprengstoff und Waffendepot, das sich dort befinden sollte. Hohlräume wurden aufgestemmt, Türen aufgebrochen, bis spät in den Abend hinein wurden alle Räume durchsucht – gefunden wurde nichts. Festgenommen wurden bei der Durchsuchung Frank L. und Alicia L., zwei Flüchtlinge, die sich gegen Ende einer Fete noch am Morgen im MehringHof aufgehalten haben. Sie wurden in Abschiebehaft genommen sind mittlerweile nach Weißrussland und Bolivien abgeschoben worden.

Die Verhaftungen und Durchsuchungen werden von der Bundesanwaltschaft (BAW) damit begründet, daß Tarek Mousli, der wenige Wochen vorher von der BAW wegen Mitgliedschaft in den RZ verhaftet worden war, Axel H., Harald G. und Sabine E. mit Aussagen belastet habe. Demnach sitzen Axel H. und Harald G. aus Berlin, sowie Sabine E. und Rudolf S. aus Frankfurt (M) in Untersuchungshaft wegen Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen bzw. der Roten Zora. Harald G., Axel H. und Sabine E. wird außerdem der Anschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) in Berlin am 6.2.87 vorgeworfen. Die von Tarek Mousli Sabine und Harald untergeschobenen Knieschüsse auf den damaligen Chef der Ausländerbehörde Hollen-

berg (28.10.86) und BGH-Richters Korbmacher (1.9.87) sind im Gegensatz zu den anderen Vorwürfen verjährt. Der Haftbefehl gegen Axel H. wurde inzwischen erweitert: neben der Betreuung eines Sprengstoffdepots, das vergeblich im MehringHof in Berlin gesucht wurde, werden ihm jetzt noch der versuchte Anschlag auf die Siegessäule in Berlin (Februar 1991) vorgeworfen. Rudolf S. wird aufgrund der Aussagen von H.J. Klein „logistische Unterstützung“ bei der Opec-Aktion zur Last gelegt.

Politische Arbeit der Gefangenen in den letzten Jahren

Harald hat 1994 die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) mitbegründet. Die FFM ist vor allem durch ihre kritische Recherche und durch ihre Publikationen zu den Auswirkungen der Festung Europa auf Flüchtlinge in den Grenzregionen sowie in den mittel und osteuropäischen Ländern bekannt geworden. In den mittlerweile fünf Jahren FFM hatte Harald entscheidenden Anteil an der Recherche und Öffentlichkeitsarbeit. So hat er die Dokumentationsstelle „Menschenrechtsverletzungen an der Grenze“ mit aufgebaut. Er hat den Versuch der staatlich erzwungenen Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen in die Ausgrenzung von Flüchtlingen und MigrantInnen anhand der Verurteilungen von TaxifahrerInnen an den östlichen Grenzen Deutschlands recherchiert und öffentlich gemacht. Zuletzt beteiligte er sich an der Beobachtung eines Prozesses in Cottbus. Dort stehen Neo-Nazis vor Gericht, die im Februar 1999 einen algerischen Flüchtling in Guben in den Tod gehetzt hatten. Die Verhaftung von Harald hinterläßt eine große Lücke sowohl bei der FFM, als auch bei flüchtlingsunterstützenden Netzen, wie dem Flüchtlingsrat Brandenburg, dem Harald ebenfalls angehört. In einem neuen von ihm mitinitiierten Projekt soll die rassistische Fahndungs- und Behandlungspraxis der Polizei gegenüber Flüchtlingen an der östlichen Schengener Außengrenze von international aner-

kannten Menschenrechtsgruppen beobachtet werdend.

Axel war seit Bestehen MehringHofes dort aktiv. Er gehörte zum Kneipenkollektiv des Spektrum, wo regelmäßig Solidaritätskonzerte und –feste sowie Veranstaltungen zu den politischen Themen stattfanden. Nach Auflösung des Kollektivs wurde der Gewinn für Projekte in Nicaragua und El Salvador verwandt. Axel arbeitete Ende der 80er Jahre in einer Initiative zur Errichtung eines kommunalen Radios im Süden Nicaraguas. Bis zu seiner Verhaftung war er in dem "Initiativkreis gegen den Schlußstrich" aktiv. Der Initiativkreis wendet sich dagegen, dass mit dem Holocaust-Mahnmal ein historischer Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit gezogen wird und es als Symbol einer abgeschlossenen Geschichte funktionalisiert wird. Axel, wie viele andere von uns, gehört jener Generation an, für deren Politisierung die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus ausschlaggebend gewesen ist.

Verhaftungen in Paris Januar 2000

Aber dies ist noch nicht alles. Am 16.1.2000 wurden der 59jährige Christian G. und die 67jährige Sonja S. in Paris von einer Spezialeinheit der Polizei im Beisein deutscher BKA Beamter verhaftet und nach ersten Verhören in die Gefängnisse Sante´ und Fleury gebracht, auf Antrag der Bundesanwaltschaft in Auslieferungshaft. Christian G. und Sonja S. hatten 1978 die BRD verlassen, nachdem sie durch erpresste Aussagen am Krankenbett eines Schwerverletzten belastet wurden. Der Haftbefehl stammt aus dem Jahr 1978 und führt mehrere Sprengstoffanschläge auf. Einen weiteren Haftbefehl lieferte der ehemalige RZ-Aktivist H.J. Klein, Sonja S. habe die OPEC-Aktion im Dezember 1975 „logistisch unterstützt“. Ende März 2000 wurde beide gegen Kautions und unter diversen Auflagen aus der Haft entlassen.

Verhaftung und Durchsuchung in Berlin April 2000

Am 18.4.2000 wird Matthias B. in Berlin festgenommen. Seine Wohnung und sein Arbeitsplatz wurden durchsucht. Er sitzt seitdem in Berlin-Moabit in U-Haft. Es werden gegen ihn die Vorwürfe: Mitglied in der RZ, Beteiligung eines Anschlages auf die ZSA und die Beteiligung des Anschlages auf die Siegessäule erhoben.

Verhaftung und Durchsuchung in Yellowknife/Kanada Mai 2000

Am 18.5.2000 wird in Yellowknife/Kanada unter Beisein eines BKABeamten Lothar E. unter den gleichen Vorwürfen verhaftet. Anfang Juni 2000 wird er gegen Kautions entlassen, darf aber die Stadt nicht verlassen. Auch gegen ihn läuft ein Auslieferungsverfahren.

Zum Sonder-Beweismittel "Kronzeugen"

Grundlage aller Verhaftungen sind großteils aktuelle Aussagen von „Kronzeugen“: Bei Sonja ist es Klein, bei Rudolf Klein und Mousli, bei den anderen nur Mousli. Beide rutschten noch so eben in die zum Jahresende 1999 ausgelaufene Kronzeugenregelung.

Überrascht bei Klein als reuigerm ExKämpfer Ende der 70er und SPIEGEL-Star gegen den bewaffneten Kampf nichts mehr, und spekulierte die BAW bereits bei Festnahme Kleins schon auf konkrete Aussagen, liegt die Sache bei Mousli anders. Er war langjähriger Aktivist der berliner Szene. Darüber spricht er in aller Ausführlichkeit. Seine Aussagen erstrecken sich nicht nur auf vermeintliche RZ Zusammenhänge. Er redet, so die ersten Informationen, über alles, was er in den Jahren meint erfahren und mitgekriegt zu haben.

Der Vorwurf, dass im Meh-ringHof Sprengstoff und

Waffen gelagert wären, wurde bereits zu Beginn der Polizeiaktion zu einem Schlag ins Wasser: im Meh-ringHof wurde nichts davon gefunden. Tarek Mousli hat sich offensichtlich als "Kronzeuge" den Ermittlungsbehörden angedient. Zunächst belastete er sich selbst und hofft nun darauf, durch Aussagen gegen andere ungeschoren davon zu kommen. Dieser Rollenwandel im laufenden Ermittlungsverfahren wurde von der BAW mit Hilfe der am 31.12.1999 ausgelaufenen Kronzeugenregelung forciert. Kronzeugen werden von den Ermittlungsbehörden bei so genanntem Ermittlungsnotstand aufgebaut, das heißt in Situationen, in denen es keine Beweismittel gibt. Die strafverfolgenden Behörden verhören den Kronzeugen während der Ermittlungen und Strafprozesse weiter und können sie, je nach Opportunität, auf neue Fahrten setzen. Die Kronzeugen haben sich dabei auf das Versprechen des Straferlasses und des späteren Zeugenschutzprogrammes eingelassen und befinden sich so in absoluter Abhängigkeit von den Verhörern. Damit ist der Manipulation der Ermittlungsverfahren und der Strafprozesse durch

Das Kronzeugengesetz

Im Juni 1989 trat das Kronzeugengesetz in Kraft. Es besagt, daß Angeklagte in politischen Verfahren erhebliche Strafmilderung bekommen können, wenn sie zur Aufklärung des angeklagten Sachverhaltes beitragen und dabei helfen, zukünftige Straftaten zu verhindern. Es handelt sich um eine Belohnung von „Straftätern“ die mit ihren Aussagen sich und vor allem andere belasten. Dazu steht im Widerspruch, daß die Staatsanwaltschaft normalerweise verpflichtet ist, auch alle die Angeklagten entlastende Momente zusammenzutragen.

Aussagen eines "gekauften Zeugen" müssen grundsätzlich in Zweifel gezogen werden. Wer Belohnung durch Straffreiheit oder Strafmilderung zu erwarten hat, wer existenziell daran interessiert ist, dass ihn die Sicherheitsorgane schützen und unterstützen, wer dermaßen von staatlichen Institutionen abhängig wird, gerät unter ungeheuren Druck und sagt leicht mehr, als er weiß. Wegen Bedenken gegen das Gesetz seitens einiger Parlamentarier wurde das Gesetz zunächst auf wenige Jahre befristet, jedoch immer wieder verlängert. Es galt bis zum 31.12.1999, über eine Neuauflage wird gerade diskutiert, sie ist sehr wahrscheinlich.

Bundeskriminalamt (BKA), BAW und andere Behörden Tür und Tor geöffnet. Diese verschaffen sich damit ein von ihnen selbst kontrolliertes Instrument der Beweisproduktion. Die Mehrheit der Richter und Anwaltschaft bezeichnet die Kronzeugenregelung mit dem Seitenwechsel vom potentiellen Angeklagten zum Zeugen der Anklage als Verstoß gegen ein fundamentales strafprozessuales Prinzip.

In der Praxis hat dieses Sonder-Beweismittel mehrfach dazu geführt, dass die Kronzeugen in den Strafverfahren angesichts ihrer sinkenden Glaubwürdigkeit immer absurdere Beschuldigungen vorbrachten. Denn sie klammern sich in ihrer Angst, den Erwartungen der Justiz nicht zu genügen, an das Versprechen, daß der Strafnachlass um so höher ausfallen wird, je gravierender die Taten sind, zu denen sie angeblich aussagen können. Harald und Axel haben kurz vor Jahresende, bevor die Kronzeugenregelung auslief, von der BAW auch zwei Mal das Angebot unterbreitet bekommen, sich als Kronzeugen zu verdingen. Harald hat in einem Brief geschrieben, dass noch kurz vor dem 31. Dezember zwei Herren in seiner Zelle auftauchten und ihm ein entsprechendes Angebot gemacht haben: Es sei für ihn durchaus möglich, Sylvester auch anderswo zu feiern, wenn er sich auf so etwas einlassen würde. Selbstverständlich haben Harald und Axel diese Angebote abgelehnt.

Haftbedingungen der Gefangenen

Die Haftbedingungen der Gefangenen in der BRD sind unterschiedlich, jedoch unterliegen sie den bei § 129a-Verfahren üblichen verschärften Haftbedingungen.

Sie dürfen nur alle 14 Tage eine halbe Stunde besucht werden. Wenn man sie besuchen will, muss man erst mit der Bundesanwaltschaft (BAW) Kontakt aufnehmen und mit diversen Herren verhandeln. Die Besuche selbst laufen dann so ab, dass jemand vom Bundeskriminalamt (BKA) dabei sitzt und mitschreibt. Was die Post angeht, so läuft sie auch über die BAW, d.h. alles wird gelesen, und es

dauert ein bis zwei Wochen, bis die Post ankommt, umgekehrt ist es ähnlich. Das gilt übrigens auch für die Anwaltspost.

Harald hatte in der JVA Düsseldorf täglich eine Stunde Hofgang und keinen Umschluß. Das bedeutet 23 Stunden Einschluss am Tag. Alle Besuche fanden mit Trennscheibe statt. Im November 2000 ist er auf eigenen Antrag nach Berlin Moabit verlegt worden.

Axel hat in der JVA Wuppertal Umschluß. Die Trennscheibe wird bei Anwaltsbesuchen eingesetzt.

Sabine sitzt in der JVA Frankfurt Preungesheim.

Laut seinem Anwalt wollte Rudolf keine Unterstützung.

Am 4.8.2000 hat der Bundesgerichtshof (BGH) ent-

schieden, das Axel H. Sabine E. Matthias B. und Harald G. weiterhin in U-Haft bleiben müssen. Nicht zuletzt durch den § 129a hat der BGH hier eine „Allzweckwaffe“ zur Hand. Die Verteidigung kritisierte diesen Beschluß, da alle Gefangenen in stabilen Wohn und Arbeitsverhältnissen leben und bis auf einen strafrechtlich unbelastet sind. Außerdem seien die RZ vor mehreren Jahren aufgelöst worden. Deshalb sei die Annahme einer Fluchtgefahr nicht zu rechtfertigen. Der BGH versucht eine angebliche Fluchtgefahr auch damit zu begründen, dass eine Auslieferung „wegen derartiger ‚politischer‘ Straftaten im Ausland außerordentlich erschwert und in manchen Ländern nicht zu erwarten ist“.

Der Prozess hat am 22. März 2001 begonnen. Es kam nicht zur Verlesung der Anklageschrift. Die Verhandlung wurde nach zwei Stunden vertagt, da der Verteidigung wichtige Unterlagen zur Überprüfung der Ergänzungsrichter fehlten (ihnen kommt im Falle der Erkrankung der Beisitzenden Richter die Aufgabe zu, diese zu vertreten).

Am zweiten Verhandlungstag, dem 29. März wurde der Prozess nach zwei Stunden unterbrochen. Grund ist eine Besetzungsrüge durch die Verteidigung hinsichtlich der Bestellung der Ergänzungsrichter. Der Prozess wird am Donnerstag, den 4. April um 9.15 Uhr, fortgesetzt und ist bis auf weiteres bis zum 17. August terminiert.

Der § 129a als Sondergesetz gegen politische Gefangene

Der § 129a (terroristische Vereinigung) wurde 1976 neu ins Strafgesetzbuch aufgenommen. Bei Personen, gegen die nach dieser Vorschrift ermittelt wird, können unter stark erleichterten Bedingungen Hausdurchsuchungen, Festnahmen und U-Haft verhängt werden. In einem § 129a Verfahren ist nach § 112 Abs. 3 StPO die Verhängung von U-Haft ohne Feststellung eines besonderen Haftgrundes möglich. Alleine der Vorwurf der „Unterstützung einer oder Mitgliedschaft in einer Terroristischen Vereinigung“ reicht aus. Bei Gefangenen in Untersuchungshaft oder Verurteilten nach § 129a wird die Post, einschließlich der Verteidigerpost von einem Richter gelesen. Besuche sind nur eingeschränkt möglich. Anwalts- und z.T. auch Privatbesuche finden mit Trennscheibe statt. Alleine die „Mitgliedschaft in einer Terroristischen Vereinigung“ kann mit einer Höchststrafe von 10 Jahren verfolgt werden.

Die Gefangenen, brauchen unsere Unterstützung und Solidarität!

- * sofortige und bedingungslose Freilassung von Axel H., Harald G., Matthias B., Sabine E. und den anderen politischen Gefangenen ***
- * Einstellung der § 129a Verfahren ***
- * Abschaffung der Sondergesetze für die politischen Gefangenen ***